

Dieser Erlebnisbericht schildert meine rein subjektive Wahrnehmung. Ich will versuchen objektiv zu sein, habe aber keinesfalls den Anspruch protokollarischen Ansprüchen zu genügen. Die Darstellung orientiert sich zwar an der zeitlichen Abfolge, wo es mir hilfreich erscheint, greife ich aber in der Darstellung dem Ablauf vor, um thematisch zusammenhängende Dinge auch so schildern zu können.

Als ich gegen 17h45 beim Schengen-Lyzeum eintreffe ist der Parkplatz sowohl der Schule, wie auch des angrenzenden Schwimmbades fast vollständig belegt. In der Aula ist nicht nur für den Gemeinderat bestuhlt, sondern es gibt insgesamt 4 weitere Reichen für Zuschauer. Offensichtlich sind diese nicht ausreichend, es werden Stühle beigestellt - der Andrang ist mit geschätzt über 100 Zuschauern enorm.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung mit dem ersten Tagesordnungspunkt: „Fragestunde“

Als erstes wird auf die formalen Beschränkungen der Fragestunde hingewiesen.

Es sind 5 Anfragen zur heutigen Sitzung eingegangen (Uwe Köck, Elke Dilzer, Sebastian Fontaine, Bernd Amberg, Ramon Strauf). Die Anwesenheit der Fragesteller wird geprüft.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass eine Einreichung von weitreichenden Fragenkatalogen (hier bis zu 14 Einzelfragen) nach §2 Abs. 3 der Satzung unzulässig ist.

Da ich nur eine Frage stellen kann, konzentriere ich mich auf den Kernpunkt der BI-Aktivitäten (Perl2020) und frage nach dem Bearbeitungsstand der über 150 Eingaben.

Darauf antwortet der Bürgermeister wörtlich:

*„zum bisherigen Verfahren: Die öffentliche Auslegung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Hotelanlage mit angegliederter Seniorengalerie“ erfolgte in der Zeit vom 06. Juno bis 07. Juli 2014. In dieser Zeit sind insgesamt 243 Stellungnahmen mit Bedenken und Anregungen bei der Gemeinde eingegangen, die alleine durch die Verwendung eines Vordruckes als „Stellungnahme mit im wesentlichen gleichen Inhalt“ gemäß § 3 Abs. 2 BauGesetzBuch angesehen werden. Im § 3 heißt es dazu: Es haben mehr als 50 Personen abgegeben, dann erfolgt keine Einzelmittlung mehr, sondern wird nur veröffentlicht.*

*Aufgrund der Vielzahl der Widersprüche und vorgebrachten Bedenken und Anregungen hat der Investor mitgeteilt, dass die Planung im bisherigen Umfang aufgegeben wird, also erübrigt sich der gesamte Katalog, den sie gestellt haben. Eine weitere Behandlung der zum ersten Verfahren eingegangenen Stellungnahmen erübrigt sich, da dieses Vorhaben so weiter nicht verfolgt wird. [Dies wird noch zu überprüfen sein.] Es wird eine neue, und jetzt kommt der entscheidende Satz: veränderte, insbesondere vom Umfang her reduzierte Projektplanung geben, die im Prinzip auf die Einwände eingeht, teils, ich weiß es nicht wie, ich habe es nicht gesehen. Ein entsprechend angepasster Entwurf eines Bebauungsplanes vorlegen wird und ein neues Aufstellungsverfahren nach BGB, also Bau-Gesetz-Buch, beginnend mit einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung einleiten wird. Dieser neue Entwurf wird zuerst im Ortsrat Perl und dann im Bau- und Umweltausschuss vorberaten. Dann im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung nach §3 Abs. 1 Baugesetzbuch anlässlich einer Bürgerinformationsveranstaltung im Vereinshaus vorgelegt.*

*Das ist ein neues Verfahren.*

*Hier besteht dann die Möglichkeit die zur heutigen Sitzung eingereichten Fragen zu erörtern und weite Teile zu diskutieren, danach wird dann durch den Gemeinderat eine neue Offenlegung ebenfalls nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch erfolgen.*

*Ist die Frage jetzt klar?“*

Daraufhin frage ich nach, ob alle Fragen bzgl. eines Sportplatzneubaus für den FC-Perl geklärt sind, wenn die Überbauung des alten Platzes weiterhin verfolgt wird. Insbesondere geht es darum wer die Bauleitung übernimmt und wer als Bauherr auftritt.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass diese Frage noch gar nicht abgearbeitet wäre und sagt wörtlich: *„wir können also nicht hinten anfangen, wenn wir vorne beginnen wollen“*

Daraufhin ergänzt Herr Steffes: *„Wenn das Bebauungsplanverfahren nicht umgesetzt werden kann, d.h. es gibt keine Bebauung wie vom Investor gewünscht, auf dem alten Sportplatz, dann hat sich ihre Frage erledigt, dann wird es gar keine Umsiedelung geben.*

*Insofern können Sie diese Frage erst dann wieder stellen, wenn wir im Bebauungsplanverfahren soweit sind, dass man weiß, daß das auch umgesiedelt wird, definitiv. Das Eine hängt ja von dem Anderen ab. Bis dahin kommt man gar nicht, wenn man die Bauleitplanung nicht abschließt.“*

An dieser Stelle wird mir klar, dass ich eine grundsätzlich andere Auffassung von den kausalen Abhängigkeiten habe. Die obige Darstellung interpretiere ich so: Zuerst wird der alte Platz verkauft, und erst danach über die Art der Realisierung des neuen Platzes für den FC Perl überhaupt erst nachgedacht und vertraglich zwischen Gemeinde und FC Perl vereinbart. Sowas sollte meiner Auffassung nach Hand in Hand gehen. Ich habe zuerst mit dem Hausbau begonnen, bevor ich meine Wohnung gekündigt habe. Zu diesem Zeitpunkt waren aber Planungsarbeiten, Bauantrag und detaillierte Finanzierungsverträge für die neue Bleibe schon lange über die Bühne gegangen. Nichts davon kann ich für den Sportplatz erkennen.

Bernd Amberg reduziert seine Fragen darauf, ob es für die o.g. Tätigkeiten einen zeitlichen Rahmen geben wird, oder ob der FC Perl noch ein paar Jahre wird auf ein neues Sportlerheim warten müssen.

Herr Steffes antwortet darauf wörtlich: *„Nur dazu zur Erläuterung: Wenn es umgesetzt wird in der Bauleitplanung, wie es vorgesehen ist durch einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist automatisch Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ein s.g. Durchführungsvertrag. Und ein Durchführungsvertrag nach Baugesetzbuch muss immer eine zeitliche Begrenzung enthalten, ansonsten wird das Ganze wieder rückabgewickelt, d.h. das ist vom Gesetzgeber sogar so vorgeschrieben und das muss dann auch so umgesetzt werden. Es gibt noch keinen Vertrag in dem Bereich der Bauleitplanung. Dieser Durchführungsvertrag stellt sicher, dass in einer bestimmten Zeit was geschieht, sonst hebt sich das Ganze auf.“*

Das verstehe ich so, dass die Zeit von heute bis zur Aufstellung eines Durchführungsvertrages tatsächlich ohne Beschränkung beliebig lang dauern kann.

#### Top1: Beschluss über die Niederschrift Gemeinderates vom 10.02.2015

Dazu gab es eine E-Mail bzgl. Seite 8. Diese wird verlesen und die Änderung im Protokoll vorgenommen. Weitere Wortmeldungen werden berücksichtigt und schlussendlich das korrigierte Protokoll beschlossen.

#### Top2: Neubau der Sporthalle

Der Bürgermeister liest für die Gäste aus der Tagesordnung vor:

*„Neubau der Sporthalle am Schengenlyzeum. Der Gemeinderat hat am 10.02.2015 unter Top4 zuletzt die Angelegenheit beraten und auf Antrag der CDU Fraktion mehrheitlich eine Resolution an den Landkreis Merzig-Wadern beschlossen. Diese Resolution wurde der Landrätin mit Schreiben vom 11.02.2015 übersandt. Eine Kopie dieses Schreibens ist der Anlage beigefügt. Desweiteren ist bekannt, dass am 25.02.2015 die Schulkommission des Landkreises zum Thema Bedarfssituation am Schengen-Lyzeums und den anderen weiterführenden Schulen des Landkreises getagt hat. Sobald das Ergebnis der Schulkommission in schriftlicher Form vorliegt, wird es an die Ratsmitglieder per e-mail weitergegeben. Zur Ermittlung des innergemeindlichen Bedarfs an Sporthallenkapazität lief sich bis zum 02. März 2015 ein Aufruf an alle Vereine und Sport treibenden Gruppen. Das Ergebnis dieser Umfrage wird hierzu zur Sitzung vorliegen. Das habe ich Ihnen ausgeteilt. Der Gemeinderat möge eine endgültige Entscheidung in Bezug auf die zusätzliche Sporthalle am Schengen-Lyzeum fällen.“*

Danach werden die Details dieser Umfrage bekanntgegeben. Die Hallennutzung ist grundsätzlich von Mo - Fr 16h00 - 21h30 möglich, d.h. 5 x 5,5 = 27,5h. Anfragen vom VHS, die die Hallen ebenfalls sportlich nutzen möchten sind noch nicht berücksichtigt.

Um die Finanzierung zu klären gab es eine Sitzung bei der Landrätin, mit dem Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden und zwei weiteren Personen. Dort wurde mitgeteilt, die Halle würde laut BKI-Index 3,3 - 3,8 Mio kosten.

Das hat der Bürgermeister von eigenen Ingenieuren prüfen lassen.

Ein Angebot ist von der kommunalen Sporthallen GmbH, deren Informationen lägen seit knapp 2h vor. Dieses führt eine Niedrigenergiehalle mit allen Nebenkosten, Sportgeräten, Erstausrüstung und dergleichen auf. Diese Schätzung beläuft sich auf 2,9 - 3.1 Mio Euro brutto, also einschließlich Nebenkosten, Ingenieurleistungen und dergleichen.

Dieses Büro empfiehlt die Umsatzsteuer zu sparen, über die Einschaltung der GmbH für die Bauherrenfunktion. Später am Abend wird dieser Vorschlag als „Anstiftung zur Steuerhinterziehung“ betitelt werden, was zu fast tumultartigen Äußerungen im Saal führt. Dieses Büro verspricht laut Bürgermeister, innerhalb von 3 Wochen ein fixes Angebot zu erstellen. Bei einer rechtlich möglichen Umwandlung in einen Bau ohne Niedrigenergiestandard könnten weitere Baukosten von ca. 5% eingespart werden. Netto wird dann eine Summe (unter Nutzung der Bauherrenfunktion) von 2,5 - 2,6 Mio Euro veranschlagt. Es wurde von einem Generalunternehmer abgeraten, weil ein zusätzlicher Aufschlag die Kosten weiter erhöhen würde.

Weitere Zahlen vom Architekturbüro Kirr & Pitting aus Essen werden genannt. Diese versprechen einen Bau nach „Standard über Durchschnitt“ zu einem Preis von € 1.200,- / qm. Das führt bei einer 2-feldrigen Halle zu einem Endpreis von 2,633 Mio €. Laut Architekt wäre eine Reduktion der Fläche um 5% möglich und führte zu einem Endpreis incl. alles von 2,5 Mio €.

Es folgen einige Hintergrundinformationen durch den Bürgermeister für die Zuschauer:

Im Oktober 2013 wurde eine Tragwerksplanung in Auftrag gegeben. Dem widerspricht Herr Kehren. Es gäbe zwar einen entsprechenden Entschluss des Gemeinderates, aber der Auftrag sei tatsächlich nie erteilt worden.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt bin ich als Zuschauer etwas ratlos, warum die heutige Sitzung nicht verschoben wurde, wenn eine belastbare Planung binnen 3 Wochen vorliegen könnte; zumal das schriftliche Protokoll der Sitzung des Schulausschusses noch nicht vorliegt. Wenn nicht einmal der Energiestandard der Halle festliegt, dann können offensichtlich auch keine späteren, laufenden Kosten abgeschätzt werden, solche Zahlen wurden bisher aber auch überhaupt noch nicht erwähnt. Wenn bereits seit 2013 über die Halle gesprochen wird, warum gibt es dann keine detaillierte Planung? Auf welcher Grundlage heute eine Entscheidung fallen soll erschließt sich mir nicht.

Weiterhin wird mitgeteilt, dass die Schule, der Landkreis und das Kultusministerium zu voneinander abweichenden Zahlen bei der Bedarfsermittlung gekommen sind. Der Schuldirektor hat bei seiner späteren Rede auch darauf verzichtet konkrete Zahlen zu nennen. Im Gedächtnis ist mir geblieben, dass sie zwischen 105 und 125 Wochenstunden schwanken während die existierende Halle eine Kapazität von rund 110 Wochenstunden aufweisen soll. Es geht also um eine Abweichung von rund 15%.

Der Herr Bürgermeister führt weiter aus, dass er betrübt über eine beginnende Neiddebatte sei. Auf Rückfrage woher dies käme wird auf den Landkreis verwiesen. Weiter wörtlich: *„Die Schule ist eine Top-Schule, und zur Top-Schule gehört auch ordentlicher Sport. Das hat man damals nicht mitgeplant. Und dann ist eine Situation entstanden wo man darauf eingegangen ist, ob die Gemeinde das tun kann. Seit 2011 gibt es Gespräche, und das muss ich hier auch sagen, ist der Bedarf nie in Frage gestellt worden. Erst im November ist ein Brief gekommen, der Bedarf müsste noch geprüft werden.“*

Weiterhin verwehrt sich der Bürgermeister über die Darstellung der Sporthalle als „Gedächtnishalle“ und weist auf einen ausgeglichenen Haushalt im letzten und in diesem Jahr hin.

An diesem Punkt entzündet sich später eine hitzige Diskussion, weil der Fraktionsvorsitzende der CDU (Herr Ollinger) Statistiken vorlegt, nach denen Perl den 4., bzw. 6. höchste Pro Kopf Verschuldung im Saarland habe. Diese Diskussion gleitet dann in Bereiche, welcher Haushalt und welche Zahlen zu Grunde gelegt werden sollen, können und dürfen (z.B. mit und ohne Wasserwerke und andere Betriebe).

Die weitere Diskussion wendet sich jetzt formalen Kritikpunkten der Einladung zu, auch unter Hinweise auf die Kommunalaufsicht. Herr Ollinger erklärt, dass die CDU Fraktion nicht diesem Formalismus besteht. Diese Einschätzung wird von den anderen Fraktionen offensichtlich geteilt. Aller-

dings bestünde ein Risiko, dass jedwede Entscheidung am heutigen Tag von der Kommunalaufsicht angegriffen werden kann. Herr Kehren unterstützt diesen Punkt für die FDP Fraktion durch eigene Ausführungen zu formalen Mängeln der Einladung zur heutigen Gemeinderatsitzung. Der Sinn dieses Formalismus liegt darin, dass die Ratsmitglieder die Ausführungen selbst prüfen können, was nicht möglich ist wenn sie erst in der Sitzung vorgelegt werden. Insbesondere zählt er als fehlend auf: *„Pläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die Kosten der Maßnahme, des Grunderwerbs und der Einrichtungen hervorgehen. Die voraussichtlichen Jahresraten unter Angaben der Kostenbeteiligung Dritter, ein Bauzeitenplan, sowie eine Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme jährliche Haushaltsbelastungen durch Betrieb und Unterhaltung der beiden Hallen, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass nach dem Neubau einer Halle, keine Betriebskostenzuschüsse anderer Träger zum Betrieb mehr zu erwarten sind.“*

Herr Keren weist darauf hin, dass seit 4 Jahren die Halle immer wieder im Haushalt auftaucht und es von daher umso verwunderlicher sei, dass die zuvor genannten Zahlen nicht vorliegen. Man solle sicher sein, dass dieser Punkt vor der Kommunalaufsicht landet.

An dieser Stelle gibt es einen Zwischenruf auf dem Publikum. Es wird sich darüber gewundert, warum über 100 Zuschauer offensichtlich wissen worum es geht und deshalb anwesend sind, während Teile des Rates nicht Bescheid zu wissen scheinen. Mein persönlicher Eindruck ist, dass Details der Finanzierung zwar fehlen und vermutlich zur Entscheidung auch nötig sind, die Masse der Zuschauer allerdings interessiert sich eher für den Grundsatz in der Entscheidung. Ich glaube es besteht ein großes Kommunikationsdefizit sowohl innerhalb des Rates, wie auch gegenüber der Bevölkerung. Dieses Defizit zu reduzieren war und ist eine Idee der BI „Perl2020“, hoffentlich gelingt es auch mit diesem Erfahrungsbericht.

Bis hierhin sind knapp 40 Minuten der insgesamt über 2,5h Sitzung vergangen. Es schließen sich die inhaltlichen Plädoyers von Herrn Fixemer (SPD), Ollinger (CDU), Keren (FDP) und Raczek (Grüne) an. Diese Reden wurden teilweise sehr emotional geführt. Um die Darstellungen möglichst neutral zu wiederholen versuche ich die wesentlichen Punkte in Spiegelstrichen wiederzugeben:

Herr Fixemer (SPD):

- Der Landkreis glaubt den Bedarf des Schengen-Lyzeums anders abdecken zu können und stellt fest, dass der heutige Standard an vergleichbaren Schulen des Landkreises unter dem des Schengen-Lyzeums liegt. Deshalb tritt er nicht als Bauträger für die neue Sporthalle auf.
- Ein Vergleich mit anderen Schulen ist aufgrund der Einzigartigkeit des Schengen-Lyzeums problematisch, wegen der besonderen pädagogischen Herausforderungen durch die binationale Schülerschaft.
- 40% der Schüler stammen aus Luxembourg.
- Alternativvorschläge des Kreises werden dargelegt (Schwimmunterricht ausweiten, künstlerische Aktivitäten statt Sport, Unterricht ins Freie verlegen).
- Fehlende Umkleidekabinen für Kinder (4 statt 6) und Lehrer (2 statt 3).
- Die jetzige 3-feldrige Halle ist ohne Schallschutz (bis zu 81 Kinder gleichzeitig in der Halle).
- Die jetzige Halle muss aufgerüstet werden, wenn der Neubau unterbleibt. Diese Kosten werden auf 0,7 - 1 Mio Euro geschätzt (unverbindlich), die zu erwartenden Kosten sind also ähnlich dem Neubau.
- Perler Vereine haben ungedeckte Bedarfe gemeldet, die durch den Neubau erfüllt werden können (Verein- und Kulturwesen).
- Mittelzusage von Luxembourg (1,5 Mio. €) steht nur bis 15. März.
- Luxembourg hat Erwartungen an seinen Vertragspartner: den Landkreis. Die Standortgemeinde Perl steht mit in der Verantwortung.
- Der Busanbindung fällt ebenso mit in die Verantwortung des Kreises und ist aktuell als problematisch einzustufen.

- Die Gemeinde Perl hat bereits Erfahrung mit dem Schließen von unattraktiv gewordenen Schulen: ERS Perl, „*das wollen wir nicht nochmal erleben*“.
- Wenn man über die Grenze nach Bad Mondorf schaut sieht man Anzeichen dafür, dass Luxemburg „*die Lust zu verlieren scheint*“.
- Die Übernahme der Bauträgerschaft ermöglicht den Vorteil der eigenverantwortlichen Steuerung durch die Gemeinde.
- Als die Schule gegründet wurde, war klar dass sie nach Perl kommt, eine Neiddebatte ist daher auch heute nicht angebracht, man muss sich der damals eingegangenen Verantwortung auch heute noch stellen.
- Mit dem Schengenlyzeum wurde offensiv Wahlkampf gemacht, auch dazu muss man heute noch stehen.
- Die SPD-Fraktion spricht sich für den Neubau der Halle und die Übernahme der Bauträgerschaft aus.

Herr Ollinger (CDU):

- Es geht nicht um das Ende des Schengen-Lyzeum, dieses wird ohne Wenn und Aber hoch geschätzt.
- Die Planungen für den Haushalt 2014 sahen zwar den Bau der Halle vor, allerdings unter Vorbehalt. Schon damals wurde das Fehlen der Bedarfsberechnung bemängelt.
- Mit der Erfragung der Bedarfe bei den Vereinen, wurde auch allgemein gefragt wie die Bevölkerung grundsätzlich dazu steht. Dieses Ergebnis wurde nicht vorgelegt, warum?
- Dass die Schulplanung mit einer zusätzlichen Halle leichter wird, steht außer Frage
- Der Landkreis stieg erst in die Bedarfsplanung ein, als der Gemeinderat die Bauleitung abgelehnt hatte, im Dez. 2014.
- Ministerium stellt in Zusammenarbeit mit dem Landkreis einen wöchentlichen Bedarf von 104 Hallendrittelstunden fest, bei einer vorhandenen Kapazität von 111 Hallendrittelstunden.
- Für AG's werden weitere 15h veranschlagt. Um die fehlenden 7h abzudecken stehen andere Möglichkeiten zur Verfügung (Kletterwand, Sprunggrube, usw.) hat der Schulausschuss fraktionsübergreifend einstimmig festgestellt.
- Schülerzahl im Schengen-Lyzeum ist rückläufig. Wenn die 5-zügigkeit auf eine 4-zügigkeit zurückgeht reduzieren sich die erforderlichen Sportstunden.
- Der Landkreis hat Baukosten von 3,3 - 4,8 Mio € ermittelt.
- Risiken wie z.B. Baugrund sind nicht berücksichtigt.

Der Bürgermeister wendet an dieser Stelle ein, dass ein Bodengutachten vorläge, nach dem der Boden in Ordnung sei.

- Die Landrätin lehnt das Baurisiko als unkalkulierbar ab - die CDU schließt sich dem an.
- Bei 3 Mio. € Baukosten trägt die Gemeinde Baukosten von 600 t€, Lux 1,5 Mio. (+ max. 10%), der Kreis 300 t€ (fest), das Land 600 t€ (wird später aber wieder in Frage gestellt). Zusätzlich muss die Gemeinde das Baugrundstück einbringen was das Engagement bereits ohne Risiko und Kostensteigerungen auf ca. 1 Mio. € erhöht, dabei ist der Kreis zuständig den Sportunterricht sicherzustellen, nicht die Gemeinde.
- Der Kreditrahmen der gesamten Gemeinde beträgt ca. 1 Mio € und der Hallenbau würde darüber finanziert werden.
- Seit Jahren werden Endausbauten der Straßen in Wohngebieten verschoben, weil kein Geld da ist.
- Wenn beide Grundschulen entsprechend der Kostenvoranschläge renoviert würden, kämen weitere 2 Mio € auf die Gemeinde zu.
- Feuerwehrgerätehaus in Besch
- Kindergarten in Nennig verursachte bei geplanten Kosten von 800 t€ ungeplante und ungedeckte Mehrkosten von 250 t€.

- Es ist nicht ok, das die Gemeinde in die Bürgerschaft für den Kreis eintritt.
- weitere Dinge wie z.B. den Bahnhof Perl werden kurz erläutert.
- Der einfache Haushalt der Gemeinde Perl zeigt laut statistischem Bundesamt vom 31.12.2012 die höchste Pro Kopf Verschuldung im Kreis Merzig-Wadern auf. Im Land auf Platz vier hinter Saarbrücken, Homburg und Friedrichstahl oder Völligen .
- Pro Kopf ist die Gemeinde Perl mit € 7200 verschuldet.
- nichts ist teurer als Bildung außer „keine Bildung“, aber diese Gefahr stellt sich gar nicht.
- Es ist vollkommen richtig, dass es um unsere Kinder geht, aber nicht nur um die Bildung, sondern auch um die Schuldenlast („*Hypotheken für die Zukunft*“)
- Die CDU Fraktion hält am bestehenden Beschluss vom 12.12.2014 fest.

Leider steht das Protokoll dieser Sitzung noch nicht auf der [Website der Gemeinde](#), ich finde bei der nachträglichen Recherche nur eine [Mitschrift](#) auf der CDU-Website.

#### Herr Keren (FDP):

- Der zu bauende Sportplatz für das Schengen-Lyzeum erfordert weitere 900 t€.
- Bemängelt das Fehlen eines Protokolls des Gesprächs mit dem Landkreis.
- In anderen Gemeinden geht es um die Schließung von Turnhallen, z.B. hat man in Großrosseln kein Geld um die Decke zu renovieren.
- Es gibt keinen Haushalt für 2015, eigentlich sollte der vorjährig erstellt werden, bis jetzt liegt er nicht vor. Er kann auch nicht ausgeglichen sein, weil er genehmigt werden muss.
- Zum Haushalt gehört ein Finanzplan über 5 Jahre, die Kommunalaufsicht weist darauf hin, dass der Haushalt nicht genehmigungsfähig ist, deshalb wird der Haushalt des abgelaufenen Planes nachträglich „geradegerückt“.
- Straße von Sehndorf nach Besch ist nicht in Ordnung.
- Das Feuerwehrgerätehaus in Besch ist mit 180 t€ veranschlagt während die in Perl 2,7 Mio. € gekostet hat, wie soll das in Besch funktionieren?
- Renovierung des Vereinshaus Perl - kein Geld da.
- Bahnhof Perl für 1,8 Mio € wurde rechtzeitig nicht realisiert.
- 80.000 qm Gelände wurde organisiert, wir haben das größte saarländische Sportplatzbaugelände, ohne dass die Gemeinde was davon hat.
- Es gibt keine Kostenermittlung nach 4 Jahren Diskussion.
- Investitionen sind ungleich laufender Kosten.
- Das Schengenlyzeum hat seinen Budget um 182 t€ überschritten.

Das provoziert Zwischenrufe des anwesenden Schulleiters „Lüge“, das wird vom Bürgermeister gerügt.

- Weist darauf hin, dass das zugesagte Geld von Luxembourg nicht zwingend verfällt. Im Protokoll stünde lediglich von neuen Verhandlungen.
- Im Oktober gab es erstmalig einen Vertragsentwurf, den der Bauausschuss schon verworfen hat, wegen der Risiken.
- Der luxembourger Vertreter (Herr Zens) hätte darauf hingewiesen, dass dieser Vertrag bereits 2012 hätte abgeschlossen werden können.
- Warum hat man zwei Jahre den Gemeinderat nicht damit beschäftigt?
- Die Gemeinde Perl hat bisher keine Änderungsvorschläge gemacht, „*die Dinge werden gegen die Wand fahren gefahren*“.
- Wir haben heute keine ausreichenden Grundlagen ein solches Projekt zu beschließen.

Der Bürgermeister wendet ein, dass der Ausschuss die Fraktionen um Änderungswünsche gebeten hat, „*es kam nix*“. Dem widerspricht Herr Ollinger. Die im Oktober geforderten Änderungen wären bis Dezember nicht eingefügt worden. Dann hätte es genießen: „*entweder Ihr unterschreibt den jetzt, oder das Geld ist weg.*“

Es geht zwischen dem Bürgermeister und Herrn Ollinger hin und her, ob die Formulierung in der Bauausschusssitzung ausreichend ist, oder aber schriftlich an die Gemeinde hätte erfolgen müssen.

Herr Raczek (Grüne):

- „*wir haben für jede Lösung ein Problem*“, dieser Ort hier ist mit keinem anderen Ort vergleichbar!
- Wir haben für diesen Schnittpunkt der Kultur Verantwortung übernommen, und der sollten wir auch gerecht werden.
- Wenn wir heute Abend dieses Bauprojekt ablehnen, dann schmeißen wir eine Investitionssumme von 2,4 Mio € durch dieses Fenster hinaus.
- Zukünftig möglicherweise entstehender Bedarf wird nicht berücksichtigt, so weiß man dass Bewegung zunehmend wichtig wird.
- Das Grundstück ist doch da, und verschwindet auch nicht mit dem Neubau. Es ist für nichts anderes zu verwerten.
- Die Halle soll nicht an die andere Halle „angeklatscht“ werden sondern frei stehen und für andere kulturelle Zwecke, Ausstellungen zur Verfügung stehen und somit auch besser angebunden werden.
- Der Gemeindeentwicklungsplan konnte die Entwicklungen der Gemeinde nicht voraussehen, wir sind mit keiner anderen Gemeinde vergleichbar.
- *„Ich bitte die Geschichte wohlwollend zu begleiten und ich beantrage an dieser Stelle dass die Abstimmung darüber auch geheim stattfindet, sodass vielleicht mancher sich nicht nach Fraktionszwang, sondern nach seinem Gewissen entscheiden kann.“*
- Alternativmöglichkeiten wie ein Karateunterricht in der Aula, *„also ich bin seit 20 Jahren aktiv auf der Matte, wer das vorgeschlagen hat darf durchaus mal eine Runde mit mir in der Aula machen, er wird es nie wieder tun wollen!“*

Herr Schirrah wendet ein, dass das bei der Einstimmigkeit der Schulkonferenz bestimmte Teile im Protokoll ausgelassen wurden, die aber wegen der Nichtöffentlichkeit dieser Sitzung nicht weiter erörtert werden können, da Herr Kütten später erneut darauf zu sprechen kommt, wird dieser Punkt trotzdem ergänzt werden.

Herr Schweizer wendet ein, wie die Landrätin aus der bisherigen 3-feldrigen Halle in eine neue 2-feldrige Halle gehen will, ohne die jetzige, nicht ausreichende Halle weiter benutzen zu wollen. *„Das ist Zauberei“*.

Herr Ollinger weist auf eine fehlende Kostenzusage durch das Land hin, auf seine Rückfrage habe er erfahren, dass die Gemeinde die Voraussetzungen dafür bis heute nicht geschaffen habe, somit sind die 600 t€ sowieso noch unsicher.

Der Bürgermeister wendet ein, dass die Kostenfrage mündlich unter Zeugen erfolgt sei.

Herr Ollinger darauf wieder: Wie beim Kindergarten, da mussten wir die Mehrkosten schlussendlich auch selbst tragen.

Herr Kehren zitiert Herrn Zens, dass aus Luxembourg keinerlei Druck ausgeübt würde, von wegen *„Geld sei weg“*.

Herr Staudt (Direktor des Schengen-Lyzeums):

- Sowohl die Schule, sowie das saarländische und luxembourger Ministerium sind zu ungefähr der gleichen Bedarfsberechnung gekommen. Geringe Abweichungen sind normal. Der Landkreis machte hingegen diese Berechnung ohne Rückkopplung mit der Schule.
- Die Schule braucht die Halle zur Aufrechterhaltung des Angebotes und um attraktiv zu sein.
- Für die Gemeinde hängt die Attraktivität unmittelbar mit der Attraktivität der Schule zusammen.
- Die Gemeinde hat schon einmal ein Totenglöckchen für die erweiterte Realschule läuten hören (1995), wir möchten Gleiches für das Schengelyzeum vermeiden.

- Das Schengen-Lyzeum befindet sich in einem Konkurrenzkampf mit Luxemburger Schulen, mit saarländischen Schulen.
- Wenn diese 1,5 Mio. von Luxembourg nicht hier investiert werden, dann werden die in Bad Mondorf investiert. Dann kommt nach Bad Mondorf eine 4-Feld Halle und dann wandern uns die Schüler dahin ab.
- Unsere aktuellen Anmeldezahlen sind von 120 auf 95 zurückgegangen, weil z.B. eine Verkehrsanbindung für die Schule vom Landkreis nicht mitgetragen wird.
- Die Neiddiskussion wird auch von falschen Zahlen befördert, z.B. die eben erwähnten 182 t€ sind bar jeder Wahrheit. Laut luxembourger Prüfung gibt es keine Unterdeckung, außer bei den Bewirtschaftungskosten.
- Wir sagen seit 5 Jahren, dass diese Schule ein energetisches Waterloo ist.
- Wenn Luxembourg Mondorf weiter ausbaut und die Schülerzahlen zurückgehen, dann werden wir zweizügig und das Schengenlyzeum zur Dorfschule degradiert.
- Man kann sich nicht durch den Landkreis herausreden, es ist eine Schule in der Gemeinde und für die Gemeinde. Wir haben die Schule immer geöffnet für alle Belange der Gemeinde, Pastor, Karneval usw.
- Es ist eine Entscheidung für oder gegen die Attraktivität der Schulgemeinde.

Herr Schirrah weist auf einen weiteren Satz im Protokoll aus Luxembourg hin, indem auf die zukünftige Planung des Haushaltes und die Notwendigkeit der Einhaltung der Maastricht-Kriterien verwiesen wird. Deutlicher kann man kaum werden. *„Wir sollen alles was wir können dafür tun, daß diese Halle für uns alle kommt.“*

Herr Ollinger bittet darum zwei weitere Wortmeldungen aus dem Zuschauerbereich zuzulassen. Er verweist auf die bisherige Praxis Ortsvorsteher immer zu Wort kommen zu lassen (hier Volker Kremer). Der Fraktionsvorsitzende (Edmund Kütten) im Kreistag ist ebenso erwähnt worden und sollte sich deshalb äußern dürfen. Die CDU übe keinen Fraktionszwang aus, habe nichts gegen die geheime Abstimmung, wundert sich aber worüber abgestimmt werden soll?

Er bittet die Rednerliste abzuschließen und zur Abstimmung zu gelangen.

Herr Fixemer legt dar, dass auch die SPD keinen Fraktionszwang ausübt.

Herr Kremer gibt dem Gemeinderat zu bedenken, dass der Euro nur einmal ausgegeben werden kann und dass viele weitere teure Aufgaben in den Dörfern anstehen. Für seine eigene, private Entscheidung, Kinder auf das Schengenlyzeum gehen zu lassen, sieht er die Frage ob 2 oder 3 Wochenstunden Sport stattfinden für unerheblich an.

Herr Kütten widerspricht Herrn Staudt bzgl. der 182 t€. Die Schule wollte das Budget erhöht haben um die Energierechnungen zu begleichen. Der Kreis hat 60 t€ in Absprache mit Luxembourg bewilligt, aber das Geld nicht der Schule zur Verfügung gestellt, sondern der Kreis hat die Rechnungen direkt bezahlt. In der Schulkommission wurde über den Rest gesprochen, und der Schulleiter hätte versprochen den Rest zu erwirtschaften.

Der Sport-Bedarf wurde aufgrund des Stundenplanes der Schule in Absprache mit dem Ministerium festgestellt. Das Schengen-Lyzeum sagt, dass eine max. Belegung von 80% möglich sei, während von anderen Schulen (z.B. Gymnasium am Stefansberg) eine 100% Belegung möglich und nötig sei. Während Klassen dort Sport haben, werden andere Schüler in deren Klassenräumen unterrichtet.

Herr Schirrah weist darauf hin, dass der einstimmige Beschluss des Kreistages sich relativiert, weil z.B. der Bedarf grundsätzlich anerkannt wurde, dessen Höhe vom Kreis aber nicht genau bestimmt werden kann. Außerdem soll die die Arbeit dort bleiben, wo die meiste Vorarbeit geleistet wurde, deshalb soll es in der Gemeinde Perl bleiben.



Die abschließenden Worte des Bürgermeisters werden eingeleitet mit Hinweis auf Churchill, „Traue keiner Statistik...“ Am Neujahrsempfang wurde Sport im Flur des Schengen-Lyzeums gemacht. Die Berechnungen des Bedarfes werden kurz zusammengefasst. Ein Verwaltungsfachmann rechne im Kreis etwas aus, was normalerweise der stellvertretende Schulleiter macht, diese Funktion habe er selbst mal gehabt. *„Ich weiß wie das geht. Ich stelle die Prüfung des Kreises durch Verwaltungsbeamte in Frage. Ich bin bereit, wenn es sein muss setze ich mich beim Herrn Dillschneider mal 3 Tage hin und dann machen wir das mal richtig.“*

Es sei ein Bedarf von der pädagogischen Schulleitung aufgestellt worden, der bis Ende letzten Jahres unstrittig gewesen sei. Ob 81 Kinder in einer Halle unterrichtet werden können, dazu sollen die Eltern auch mal was sagen, außerdem sei das über die Unfallverhütungsvorschriften noch zu überprüfen.

Zu der Verschuldung wurde gesagt, dass die Gemeinde vorfinanziert und erst 2, 5, 8 Jahre später die Zuschüsse erhält, das sei normal.

Jetzt wird folgendes abgestimmt:

*„A: die Gemeinde wird Bauträger, B: dass wir den Vertrag neu verhandeln, klar das ist Grundvoraussetzung, den werden wir so nicht unterschreiben und dass wir uns innerhalb von 3 Wochen einen Fixpreis, Pauschalpreis geben lassen, ob sie jetzt die Bauherrenträgerschaft haben wollen oder nicht, das entscheiden sie dann.“*

*Abgestimmt wird*

*1: Wer dafür ist zu bauen*

*2: Bauträgerschaft Gemeinde*

*3: Das der Vertrag neu zu verhandeln ist“*

Die einsetzende Diskussion darüber, ob der bestehende Beschluss erst aufgehoben werden muss, oder aber der neue Beschluss den alten ersetzt führt zu einer Sitzungsunterbrechung.

Der Antrag wird in geheimer Wahl mit 13:9 Stimmen abgelehnt, so dass der Beschluss vom 12.12.2014 wirksam bleibt.

Hier dessen Inhalt laut [Mitschrift](#) der „Besprechung im Rathaus Perl am Donnerstag, dem 18.12.2014“ auf der CDU-Website:

Der Gemeinderat lehnt die Vereinbarung zwischen der Regierung des Großherzogtums Luxemburg, dem Landkreis Merzig-Wadern und der Gemeinde Perl in der vorliegenden Fassung ab.

In Nachverhandlungen ist von folgenden Positionen auszugehen:

1. Die Gemeinde tritt nicht als Bauträger auf.
2. Die Gemeinde betrachtet sich als Zuschussgeber an den Landkreis als Inhaber der Bauträgerschaft.

Der Beschluss beinhaltet, dass Aufträge der Gemeinde, auch wenn sie beschlossen sind, nicht vergeben werden.

Der Gemeinderat nahm den Antrag mit 15 Ja-Stimmen bei sieben Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen an.

Der Bürgermeister schließt die Sitzung mit dem Worten: „Damit ist das Ding tot“.